

STADT SCHWAIGERN-STETTEN BEBAUUNGSPLAN „BADISCHER HOF“



MIT ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN



Übersichtsplan © www.geoportal-bw.de

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

ENTWURF - STAND: 26.09.2022



Project GmbH

PROJECT GMBH, PLANUNGSGESELLSCHAFT FÜR STÄDTEBAU, ARCHITEKTUR UND FREIANLAGEN

INHALTSVERZEICHNIS

1.	RECHTSGRUNDLAGEN	3
2.	RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH.....	3
3.	PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN	3
3.1	Art der baulichen Nutzung	3
3.2	Maß der baulichen Nutzung	4
3.3	Bauweise	4
3.4	Überbaubare Grundstücksflächen	4
3.5	Nebenanlagen	4
3.6	Pflanzgebot.....	5
4.	ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (GEMÄß § 74 LBO)	6
4.1	Äußere Gestaltung baulicher Anlagen	6
4.2	Werbeanlagen	6
4.3	Gestaltung der unbebauten Flächen der bebaubaren Grundstücke sowie der Einfriedungen.....	6
4.4	Unzulässigkeit von Freileitungen	7
4.5	Anzahl von Stellplätzen	7
4.6	Ordnungswidrigkeiten	7
5.	NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND HINWEISE	8
5.1	Bestandteile	8
5.2	Artenschutz.....	8
5.3	Bodenschutz	9
5.4	Bodenfunde	9
5.5	Altlasten	9
5.6	Geotechnik.....	9
5.7	Duldungspflicht	10
5.8	Einsichtnahme	10

1. RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert am 26. April 2022 (BGBl. I S. 674).

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert am 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).

Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert am 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 5. März 2010 (GBl. Nr. 7, S. 358), zuletzt geändert am 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1, 4).

Für das Plangebiet liegen die Bebauungspläne „Ortsmitte Stetten“ (in Kraft getreten am 02.04.1977) und „Stuhl I“ (in Kraft getreten am 19.05.1949) vor. Die in seinem Geltungsbereich gültigen Festsetzungen des Bebauungsplans „Badischer Hof“ ersetzen das vorhandene Planungsrecht.

2. RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der räumliche Geltungsbereich der planungsrechtlichen Festsetzungen und der örtlichen Bauvorschriften ist im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans schwarz gestrichelt dargestellt.

In Ergänzung der Planzeichnung wird Folgendes festgesetzt.

3. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

3.1 Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1 – 15 BauNVO)

Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

Zulässig sind:

- Wohngebäude
- die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden und nicht störende Handwerksbetriebe
- Anlagen für soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

Ausnahmsweise können zugelassen werden:

- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes (gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO)

Nicht zulässig sind:

- Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke
- Schank- und Speisewirtschaften
- Anlagen für Verwaltungen (gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO)
- Gartenbaubetriebe (gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO)
- Tankstellen (gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO)

3.2 Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 - 21 BauNVO)

3.2.1 Grundflächenzahl (GRZ)

Die GRZ wird im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans durch Planeintrag in der Nutzungsschablone als Höchstgrenze festgesetzt.

Sie darf für Anlagen gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO sowie Garagengeschosse bis zu einer GRZ von 0,8 überschritten werden.

3.2.2 Höhe baulicher Anlagen

Entsprechend Planeinschrieb.

Oberkante Fertigfußboden (OK FFB)

Die Oberkante Fertigfußboden ist in Meter über NHN (Normalhöhennull) festgesetzt. Von dieser Höhe darf maximal +/- 30 cm abgewichen werden.

Maximale Gebäudehöhe (GH)

Die Gebäudehöhe wird als absolute Höhe über der jeweils ausgewiesenen OK FFB festgesetzt.

Für Schornsteine, Anlagen für Solarthermie und Photovoltaik, sonstige Anlagen der Gebäudetechnik ist eine Überschreitung der festgesetzten Gebäude

höhe sowie Aufzugsüberfahrten um maximal 1,0 m Höhe zulässig, wenn sie gleichzeitig, Treppenhäuser und Aufzüge ausgenommen, um mindestens 1,5 m von der Außenwand des darunter liegenden Geschosses zurücktreten.

3.3 Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO)

- o Es wird eine offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.

3.4 Überbaubare Grundstücksflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im zeichnerischen Teil durch Baugrenzen festgesetzt.

Zulässige Überschreitung der Baugrenzen

In den allgemeinen Wohngebieten können die festgesetzten Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO mit

- untergeordneten Bauteilen nach § 5 Abs. 6 Nr. 1 LBO (Gesimse, Dachvorsprünge, Lichtschächte, Eingangs- und Terrassenüberdachungen) um bis zu 1,50 m
- Bauteilen nach § 5 Abs. 6 Nr. 2 LBO (Vorbauten wie Wände, Erker, Balkone, Tür- und Fenstervorbauten) um bis zu 1,50 m
- Terrassen um bis zu 4,0 m
- Tiefgaragenzufahrten und -rampen

überschritten werden, sofern diese von den Nachbargrenzen mindestens 2,0 m entfernt bleiben.

3.5 Nebenanlagen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB und §§ 14 und 23 Abs. 5 BauNVO)

3.5.1 Tiefgaragen und Stellplätze

Offene Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der entsprechend gekennzeichneten Bereiche zulässig.

Freistehende Garagen und Carports sind nicht zulässig.

Tiefgaragen beziehungsweise Garagengeschosse sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der entsprechend gekennzeichneten Bereiche zulässig. Die Ein- und Ausfahrt zur Tiefgarage bzw. dem Garagengeschoss hat innerhalb des gekennzeichneten Bereichs, von der Bahnhofstraße aus, zu erfolgen.

3.5.2 **Sonstige Nebenanlagen**

Nebenanlagen in Form von Gebäuden (Gartenhäuschen) sind nicht zulässig.

Eine Umspannstation mit einem Flächenbedarf von ca. 5 m x 6 m ist ausnahmsweise zulässig.

3.6 **Pflanzgebot**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

3.6.1 **Pflanzung von Einzelbäumen**

Gemäß Planeintrag sind standortgerechte Bäume der Pflanzliste 1 zu pflanzen. Für die Pflanzungen im Bereich der Tiefgarage muss die Schichtdicke des durchwurzelbaren Raumes gemäß der artbedingten Wurzel Ausbildung mindestens 1 m betragen. Die Standorte der Bäume können um bis zu 3 m in jede Richtung verschoben werden.

3.6.2 **Pflanzlisten**

Die Verwendung von Sorten der angegebenen Gattungen ist zulässig.

Pflanzliste 1 (Einzelbäume)

Qualität: Hochstamm Stammumfang mind. 12-14 cm

Acer campestre	Feldahorn
Amelanchier spec.	Felsenbirne
Carpinus betulus	Hainbuche
Cornus mas	Kornelkirsche
Fraxinus ornus	Blumenesche
Malus spec	Zierapfel
Prunus spec.	Zierkirsche

Pflanzliste 2 (Einfriedungen)

Qualität: mind. 2 x v., 60-100 cm

Acer campestre	Feldahorn
Carpinus betulus	Hainbuche
Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Fagus sylvatica	Rotbuche
Ligustrum vulgare	Liguster

4. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (GEMÄß § 74 LBO)

4.1 Äußere Gestaltung baulicher Anlagen

(§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

4.1.1 Dachneigungen

Dachneigung entsprechend Planeinschrieb.

4.1.2 Dachform und Ausbildung der Deckung

Dachform entsprechend Planeinschrieb.

Die Dachflächen sind dauerhaft mit einer Substrathöhe von mindestens 10 cm extensiv zu begrünen. Der Aufbau der Dachbegrünungsschicht muss eine dauerhafte Vegetation von wenigstens Wildkräutern und Gräsern gewährleisten.

Flächen unter regenerativen Anlagen sind davon nicht ausgenommen. Bei einer parallelen Nutzung der Dachflächen durch Solar- bzw. Photovoltaikanlagen sind diese aufzuständern und die Abstände der Modulreihen untereinander, die Modultiefe und die Höhenlage der Module auf die Vegetation abzustimmen.

4.1.3 Tiefgaragen

Nicht überbaubare Tiefgaragen und sonstige unterbaute Flächen, die nicht mit Stellplätzen und ihren Zufahrten sowie von Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO belegt sind, sind mit einer geeigneten Vegetationssubstratschicht von mindestens 60 cm für eine intensive Begrünung zu überdecken.

Davon ausgenommen sind Belüftungs- und Kontrollschächte bzw. -rohre sowie die Attika der Tiefgarage. Des Weiteren ist die Platzfläche, die im Kreuzungsbereich Bahnhofstraße / Kraichgaustraße vorgesehen ist, von der Begrünungsvorschrift ausgenommen.

4.2 Werbeanlagen

(§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

Werbeanlagen mit wechselndem und/ oder bewegtem Licht, sowie sich ändernden Farbverläufen sind generell nicht zulässig.

Werbeanlagen an Gebäuden dürfen nicht auf oder über der Dachfläche angebracht werden.

4.3 Gestaltung der unbebauten Flächen der bebaubaren Grundstücke sowie der Einfriedungen

(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

4.3.1 Unbebaute Flächen

Die unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, die nicht zur Erschließung der Gebäude innerhalb der Baugrundstücke erforderlich sind oder mit Nebenanlagen belegt sind, sind zu begrünen. Dabei freistehende Solaranlagen unzulässig.

4.3.2 Stellplätze

Offene Stellplätze sowie deren Zufahrten sind mit wasserdurchlässigen Belägen, wie in Split verlegte Pflasterungen mit Fuge, Drainfugenpflaster, Rasengittersteine, Kiesflächen, Schotterrasen etc., herzustellen. Wird Regenwasser in angrenzende Vegetationsflächen versickert, sind auch Betonplatten zulässig.

4.3.3 Einfriedungen

Einfriedungen sind als Hecken aus heimischen Sträuchern gemäß Pflanzliste 2, auch mit darin eingezogenen Maschen- oder Knüpfdraht, bis maximal 1,20 m Höhe zulässig.

Es sind nur Zäune zulässig, die in einem Höhenbereich von 20 cm über dem Boden Kleinsäugetiere in ihrer Bewegungsfreiheit nicht behindern. Sie dürfen eine Höhe von 1,20 m nicht überschreiten.

Einfriedungen aus Metall- oder Metallprofilblechen sind nicht zulässig.

4.3.4 **Fassadengestaltung**

Für die Fassadengestaltung dürfen keine großflächig reflektierenden Strukturen, wie z.B. metallische Fassadenverkleidungen, verwendet werden.

4.4 **Unzulässigkeit von Freileitungen**

(§ 74 Abs. 1 Nr. 5 LBO)

Die Unterflurverkabelung der Niederspannungsleitungen (Elektrische Leitungen und Fernmeldeleitungen) ist bei sämtlichen Gebäuden zwingend. Dachständer und Freileitungen sind nicht zugelassen.

4.5 **Anzahl von Stellplätzen**

(§ 74 Abs. 2 i.V.m. § 37 LBO)

4.5.1 **Pkw-Stellplätze**

Die Anzahl der Pkw-Stellplätze richtet sich nach der Satzung zur Stellplatzverpflichtung der Stadt Schwaigern.

4.5.2 **Fahrrad- Stellplätze**

Je Wohnung sind 2 Fahrradstellplätze nachzuweisen.

4.6 **Ordnungswidrigkeiten**

(§ 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

Verstöße gegen die örtlichen Bauvorschriften (§ 74 LBO) werden als Ordnungswidrigkeiten nach § 75 LBO behandelt.

5. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND HINWEISE

5.1 Bestandteile

Für den Bebauungsplan gelten:

- Der zeichnerische Teil in der Fassung vom 26.09.2022
- Die Textteile in der Fassung vom 26.09.2022
- Die Begründung der Project GmbH in der Fassung vom 26.09.2022
- Die Pläne zum Bauvorhaben Badischer Hof von BOSS Architekten & Immobilien in der Fassung vom 13.05.2022
- Das Artenschutzgutachten „Habitatpotentialanalyse mit artenschutzrechtlicher Stellungnahme“ von Büro IUS in der Fassung vom 24.06.2020
- Das Bodengutachten von Dr. Muntzos & Schäfer GmbH in der Fassung vom 28.06.2022

5.2 Artenschutz

(§ 44 Bundesnaturschutzgesetz)

Die erforderlichen artenschutzrechtlichen Maßnahmen, die sicherstellen, dass keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG berührt werden, sind nachfolgend und in der Begründung aufgeführt. Die Artenschutzmaßnahmen wurden mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.

Beschränkung von Fällzeiten

Baumfällungen und das Entfernen sonstiger oberirdischer Teile von Gehölzbeständen dürfen gemäß den Vorgaben des § 39 BNatSchG, nicht zwischen dem 1. März und dem 30. September und somit nicht während der Brutzeit der Vögel durchgeführt werden.

Beschränkung der Abrisszeiten

Der Abriss von Gebäuden darf nur im Winter und somit nur außerhalb der Hauptaktivitätsperiode der Tiere (Vögel und Fledermäuse) im Zeitraum Anfang November bis Anfang März erfolgen.

Sollen Abrissarbeiten während der Brutzeit von Vögeln oder in der Aktivitätsperiode von Fledermäusen erforderlich sein, sind die Gebäude auf einen aktuellen Besatz durch Vögel oder Fledermäuse (z. B. durch frische Kotspuren und mittels akustischer Erfassung) durch einschlägig qualifizierte artenschutzfachliche Gutachter zu untersuchen. Im Falle einer Nutzung durch die Fledermäuse sind die Zugänge rechtzeitig und so zu verschließen, dass die Tiere das Gebäude verlassen können, aber nicht mehr hineingelangen. Bei Vogelbruten ist das Ende der Brutzeit abzuwarten.

Anbringung von künstlichen Nisthilfen für Vögel

Für den Verlust von potentiellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten von nischenbrütenden Vogelarten sind fünf Nischenbrüter-Nistkästen anzubringen. Für den bestandsgefährdeten Haussperling sind fünf Sperlingskolonie-Nisthilfen aufzuhängen. Als Ersatz für die nachgewiesenen fünf Mehlschwalbennester sind zehn künstliche Mehlschwalbennester anzubringen. Eine Anbringung in Form von zwei oder drei Kolonien ist möglich. Die Aufhängung der erforderlichen Vogelnisthilfen erfolgte bereits am 01.02.2022 in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde.

Aufhängen von künstlichen Fledermausquartieren

Zum Ausgleich des Verlusts potentieller Sommerquartiere spaltenbewohnender Fledermäuse sind insgesamt zehn Fledermauskästen, die sowohl als Zwischenquartiere und vorsorglich auch als Wochenstubenquartiere geeignet sind, anzubringen. Die Ausbringung der Fledermausquartiere erfolgte bereits am 01.02.2022 in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde.

5.2.1 Insektenfreundliche Beleuchtung

Die Beleuchtung von öffentlichen Straßen und Gehwegen sowie die private Außenbeleuchtung hat insektenverträglich zu erfolgen. Hierfür sind streulichtarme, geschlossene Leuchtentypen mit geringer Lockwirkung

(z.B. Natriumdampf-Hochdrucklampen, -Niederdrucklampen oder LED) zu verwenden und die Installation ist so durchzuführen, dass das Licht konzentriert abstrahlt.

5.3 **Bodenschutz**

(§ 2 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz)

Auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG), insbesondere auf § 4, wird hingewiesen.

Überschüssiger Bodenaushub ist seiner Eignung entsprechend einer Verwertung zuzuführen. Beim Umgang mit dem Bodenmaterial, das zu Rekultivierungszwecken eingesetzt werden soll, ist die DIN 19731 zu beachten.

Oberboden, der bei Baumaßnahmen anfällt, ist gesondert von tieferen Bodenschichten abzuheben und zu lagern. Er ist in kulturfähigem, biologisch-aktivem Zustand zu erhalten und zur Rekultivierung und Bodenverbesserung zu verwenden (siehe § 202 BauGB). Notwendige Bodenarbeiten sind schonend und unter sorgfältiger Trennung von Oberboden und Unterboden durchzuführen. Als Zwischenlager sind Bodenmieten vorzusehen, die den Erhalt der Bodenfunktionen nach § 1 BBodSchG gewährleisten.

Bodenverdichtungen sind grundsätzlich zu vermeiden. Entstandene Bodenverdichtungen sind nach Abschluss der Bautätigkeit wirkungsvoll aufzulockern. Die fachlichen Anforderungen an den Bodenabtrag, die Zwischenlagerung und den Bodenauftrag sind in der DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ und im Heft Bodenschutz 26 „Merkblatt Bodenauffüllungen“ der LUBW zusammengefasst.

Baustoffe, Bauabfälle und Betriebsstoffe sind so zu lagern, dass Stoffeinträge bzw. Vermischungen mit Bodenmaterial ausgeschlossen sind.

Unbrauchbare und/oder belastete Böden sind von verwertbarem Bodenaushub zu trennen und einer Aufbereitung oder einer geordneten Entsorgung zuzuführen.

5.4 **Bodenfunde**

(§ 20 Denkmalschutzgesetz)

Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde(n) oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 86 – Denkmalpflege) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist.

Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen.

Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.

5.5 **Altlasten**

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind keine Altlastenverdachtsflächen vorhanden.

Werden im Zuge der Bauarbeiten wider Erwarten stoffliche Bodenbelastungen angetroffen, so ist unverzüglich das zuständige Landratsamt zu benachrichtigen.

5.6 **Geotechnik**

Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen der Grabfeld-Formation (Gipskeuper). Diese werden von quartären Lockergesteinen (Löss) mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit überdeckt.

Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens sowie mit Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen.

Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmgefüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr einer Verschlechterung der Baugrundeigenschaften sowie ggf. von Sulfatgesteinslösung im Untergrund sollte von der Errichtung technischer Versickerungsanlagen (z. B. Sickerschächte, Sickerbecken, Mulden-Rigolen-Systeme zur Versickerung) Abstand genommen werden.

Bei geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offene bzw. lehmgefüllte Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

5.7 Duldungspflicht

(§ 126 Abs. 1 BauGB und § 5b Abs. 6 Satz 1 Straßenverkehrsgesetz)

Der Eigentümer hat das Anbringen von Haltevorrichtungen und Leitungen für Beleuchtungskörper der Straßenbeleuchtung einschließlich der Beleuchtungskörper und des Zubehörs sowie Kennzeichen und Hinweisschilder für Erschließungsanlagen auf seinem Grundstück zu dulden.

Können Verkehrszeichen oder Verkehrseinrichtungen aus technischen Gründen oder wegen der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs nicht auf der Straße angebracht werden, haben die Eigentümer der Anliegergrundstücke das Anbringen zu dulden.

5.8 Einsichtnahme

(§ 10 Abs. 3 BauGB)

Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften, Gesetze, Verordnungen, DIN-Normen etc. und dem Bebauungsplan beigefügten Gutachten liegen an der Stelle zur Einsichtnahme bereit, an der auch der Bebauungsplan eingesehen werden kann.

Aufgestellt:
Esslingen, 26.09.2022

Koordination

Project GmbH
Planungsgesellschaft
Ruiter Straße 1
73734 Esslingen

Stadt Schwaigern

gez. Pollich

gez. Rotermund, Bürgermeisterin

NICOLAS POLLICH, GESCHÄFTSFÜHRER

SABINE ROTERMUND, BÜRGERMEISTERIN